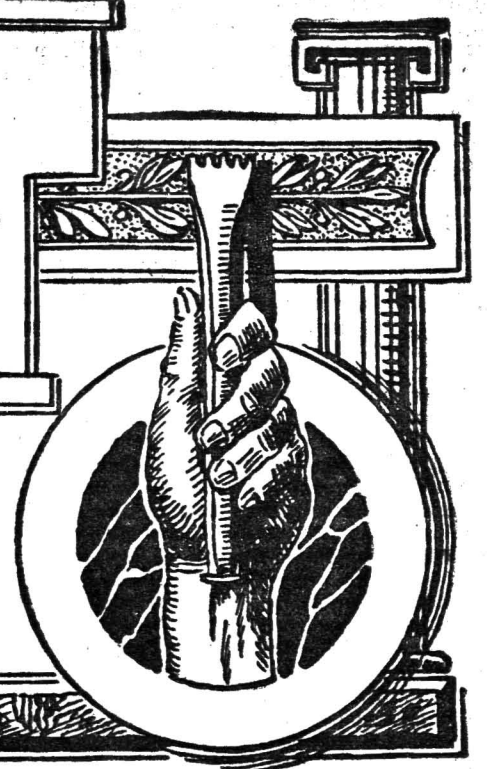
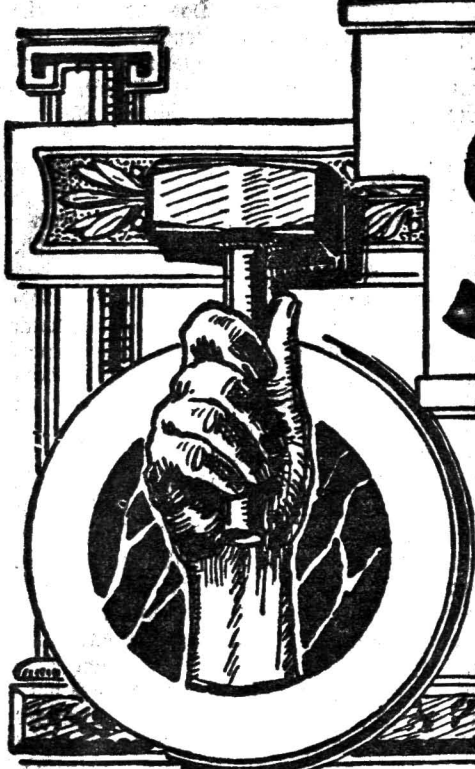


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 30 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 27. Februar 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

- Brandenburg a. d. S.** Wegen Lohnbewegung ist Zugang nach hier streng fernzuhalten.
- Kiel.** Die Kollegen stehen in Tarifverhandlungen.
- Dresden.** Der Streik bei der Firma Stein dauert unverändert fort.
- Leipzig.** Im hiesigen Hydrosandsteinwerk bestehen Differenzen.
- Lübeck.** Die Steinarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung.
- Königsbrück.** Wegen Zugehörigkeit zum Verband wurden mehrere Kollegen gemahnt. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten. Alle Anfragen sind an Johann Gruber, Königsbrück, Schloßstraße 16, I., zu richten.
- Mainz.** Die Sandsteinmengen befinden sich in einer Lohnbewegung.
- Halberstadt.** Zugang nach hier fernhalten. Lohnbewegungen sind im Gange.

Unsere Statistik.

Die Gewerkschaften haben neben der wirtschaftlichen Besserstellung der Mitglieder, der Hebung der Aufklärung, der Schulung und der Weibung der Disziplin bei wirtschaftlichen Kämpfen usw. auch die Aufgabe, eine Uebersicht zu schaffen, über die uns interessierenden beruflichen Angelegenheiten. Die Organisation der Steinarbeiter hat es von je schon verstanden, das Gebiet der Statistik eingehend zu bearbeiten, von dem Erkenntnis ausgehend, daß nur mittels einer unanfechtbaren Statistik irgend welche Vorteile zu erreichen sind. Insbesondere trifft diese Anschauung zu, wenn die Regierungen veranlaßt werden sollen, die Arbeitszeit gesetzlich zu regeln oder sonstige sozialpolitische Neuerungen einzuführen. Wer heute nichts schwarz auf weiß besitzt, wird auf diesem Gebiete schwerlich etwas erreichen. In der letzten fertiggestellten Statistik 1903 unseres Verbandes, wo die Arbeits- und Lohnverhältnisse zur Darstellung gelangen und auch die Krankheitserscheinungen, so wie die vorgekommenen Todesfälle eingehend geschildert werden, ergibt sich ein außerordentlich trauriges Bild über die berufliche Lage der Steinarbeiter. Mit Recht wird deshalb in der Statistik darauf verwiesen, zukünftig bei der Ausfüllung der Lohnkarten und Fragebogen bedeutend eifriger zu sein, denn es gewinnt den Anschein, als sollte es jetzt Modus werden, in einzelnen Zahlstellen dieses Gebiet überhaupt nicht mehr zu beachten; denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß sich im Jahre 1903 bloß 94 Zahlstellen an der Statistik beteiligten. Das ist gewiß kein erfreuliches Resultat, aber man predigt, so scheint es, tauben Ohren, wenn auf den Wert der Statistik hingewiesen wird.

Gleich auf Seite 4 fällt uns auf, daß in den Zahlstellen, die die Statistik einfinden, ein so großes Mißverhältnis besteht in der Zahl der Organisierten zu den Nichtorganisierten. Folgende Ziffern mögen dieses beweisen:

Beschäftigt wurden in den 94 Zahlstellen zusammen 15226 Steinarbeiter.

Nach Berufen gesondert:

9925 Steinmengen	= 61,2 Prozent
1297 Schleifer	= 8,5 "
1925 Brecher	= 12,6 "
836 Pfasterer	= 5,4 "
1843 Sonstige Arbeiter	= 12,1 "

Davon organisiert:

Steinmengen	5659 Mann	= 60,6 Prozent
Schleifer	514 "	= 39,6 "
Brecher	871 "	= 19,2 "
Pfasterer	320 "	= 38,2 "
Sonstige Arbeiter	16 "	= 0,8 "

Das ergibt = 6880 Mann = 45,2 Prozent.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache und zwar nach der Richtung hin, daß man in den einzelnen Zahlstellen immer mehr das Bestreben zeigen muß, die Indifferenten zu gewinnen. Gar oft muß bei Lohnbewegungen ein stiller Zurückzieher gemacht werden, weil die Nichtverbändler das Uebergewicht besitzen, und daher resultiert auch die Färsers zu hörende Ausrede, es nützt alles nichts, wenn die und die nicht gewonnen werden. Die Gauleitungen mögen gerade diesen Punkt in ihren Sitzungen eingehend prüfen und einen Teil ihrer Tätigkeit darauf verlegen. Auf den Seiten 6, 7 und 8 werden sie genügendes Material entdecken.

Daß die Unternehmer zum Schutze der Gesundheit unserer Kollegen auch im vergangenen Jahre nichts getan haben, ver-

steht sich am Rande; ja, man trifft nicht einmal die Einrichtungen, die eigentlich schon durch die Gewerbeordnung Geltung haben müßten, so daß die Arbeits- und Frühstücksbuden oft mehr den Schweineställen ähnlich sind.

Besonders fürsorglich scheinen die Bruchbesitzer von Horka zu sein, denn dieselben stellen überhaupt keine Arbeitsbuden, sondern der Arbeiter hat sich selbst ein Schuttdach zu recht zu machen, natürlich auch auf eigne Kosten. Auch in den Betrieben der Lausitz kennt man solche Arbeitsbuden nicht; der Unternehmer ist also solcher Ausgaben enthoben. — Wie lange wohl noch?

Wie wird der schwäbische Hoffsteinmengenmeister Burre in Maulbrunn, wenn er von diesen famosen Zuständen Kenntnis hätte, danach lechzen, auch in seinem Betrieb solche Anordnungen treffen zu dürfen! Und wie wird Herr Klein in Hasserode sich nun aufraffen, um seinen Kollegen in der Lausitz den Text zu lesen und zu konstatieren, daß das den Bestimmungen des Unternehmensstatuts zuwiderlaufe; auch wird er ferner darauf verweisen — müssen, daß ihm diese Leute die aufgestellte Berechnung betreffs der hohen Ausgaben, die die Unternehmer für die Arbeiter leisten und die er im Steinarbeiter kürzlich publiziert (von uns wurde sie kräftig richtig gestellt) vollständig über das Hausen werfen.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer geht noch weiter, denn auch die Frauen, 280 an der Zahl, werden in unsern schweren Berufe beschäftigt. Daß die Frauen als Lohnbrüder der Männer auftreten, ist eine allbekannte Tatsache. Daß aber Unternehmer, wie es in Rostock der Fall war, so weit gehen, diesen Arbeitsgeschöpfen um 20 Prozent weniger als den Männern in Anrechnung zu bringen, ist einfach ein Skandal und ein Zeichen, daß sich der Kapitalismus nicht schent, selbst durch die Schweißtröpfchen der Frauen Reichtum einzuheimen.

Die Bundesrats-Verordnung besagt, daß Frauen in Steinbetrieben nicht beschäftigt werden dürfen. Aber was schert uns diese Verordnung? Der wird aus dem Wege gegangen, wie zum Beispiel in Bencha bei Leipzig, wo die Frauen ihre Arbeiten außerhalb des Steinbruchrayons mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft, soweit es ihre häuslichen Verhältnisse gestatten (!) beschäftigt werden dürfen. Wie Figur zeigt, braucht diese Verordnung nicht umgeändert zu werden, das besorgen die Unternehmer mit Hilfe der Behörden von selbst.

Auch die Lehrlingszuchterei ist noch im vollsten Schwunge und der Statistik entnehmen wir folgende Zahlen: In Breslau sind bei 55 Steinmengen 40 Lehrlinge, in Dortmund bei 64 Steinmengen 40 Lehrlinge, in Ebersbach bei 150 Steinmengen 16 Lehrlinge, in Gera bei 36 Steinmengen 11 Lehrlinge, in Heppenheim bei 101 Steinmengen 18 Lehrlinge, in Löbau bei 75 Steinmengen 12 Lehrlinge, in Magdeburg bei 45 Steinmengen 12 Lehrlinge, in Oppach bei 290 Steinmengen 20 Lehrlinge, in Stuttgart bei 300 Steinmengen 30 Lehrlinge, in Schwarzenbach bei 79 Steinmengen 14 Lehrlinge beschäftigt. Besonders die Zahlen in Breslau interessieren uns in erster Linie, denn dort besteht schon jahrelang eine Filiale des Steinmengen-Meisterverbandes. Wird der Verbandsvorstand in Berlin wohl Veranlassung nehmen, den Herren in Breslau, unter welchen auch ein oder gar zwei Hoffsteinmengenmeister sich befinden, die Verbandsbestrebungen etwas klar zu legen? Der diesbezügliche § 2 im Statut lautet: „Regelung des Lehrlingswesens in betreff der Lehrzeit der praktischen, theoretischen und sittlichen Ausbildung.“ Ob bei dieser Lehrlingszuchterei diesen gewiß sehr schön klingenden Bestimmungen Rechnung getragen werden kann, mag der entscheiden, der selbst dazu verurteilt war, in einer solchen Brutstätte das kunstvolle Steinmengenhandwerk zu erlernen.

Als ein weiterer Mißstand wird von den Steinarbeitern empfunden, daß die Arbeitgeber in vielen Orten weder Werkzeug stellen noch dasselbe schärfen lassen, alle diese Unkosten wälzt man auf die ohnehin schon geradezu miserabel entlohnten Steinarbeiter ab. Sehr hoch belaufen sich die Geschirrs- und Schärffkosten in der Granitindustrie. Bei einzelnen beträgt die Ausgabe dafür 50—200 Mk. Eine Beseitigung solcher Zustände muß in die Wege geleitet werden. Auch in vielen Orten der Sandsteinindustrie trifft bezüglich des Geschirrsstellens obiges zu. Es sei bloß an Dresden erinnert, wo vor ca. sechs Jahren der Kampf energisch gegen die Unternehmer geführt wurde, aber heute noch müssen in den meisten Geschäften die Kollegen das Arbeitsgerät noch selbst stellen.

Als Lohnsystem ist, um eine größere Profitrate für die Herren Arbeitgeber zu erzielen, das Akkordsystem meistens vorherrschend. Wir übergehen dieses Kapitel, weil wir in einer der nächsten Nummern an dieser Stelle noch eingehend darüber sprechen werden.

(Schluß folgt.)

Berechtigte Kritik im Reichstage.

Die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats führte beim Titel Reichsversicherungsamt zu einer gründlichen Erörterung des ganzen Arbeiterversicherungswesens, einschließlich der Berufsgenossenschaften. Seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten Wolfenbühler und Köpfen erfuhr das System der „Vertrauensärzte“, welches die Berufsgenossenschaften herausgebildet haben, eine scharfe Kritik. Ersterer bemerkte u. a., daß die Verteidiger der sogenannten freien Arztwahl bei den Berufsgenossenschaften nicht mit ihren Forderungen kommen. Wenn diese Forderung irgendwo im öffentlichen Interesse geboten wäre, dann wäre sie hier angebracht. Die Kühnheit der Ärzte ist aber nur groß den Arbeitern gegenüber. Bei Berufsgenossenschaften stehen Kommerzienräte an der Spitze, und da fügen sich die Ärzte in die unwürdige Stellung der Vertrauensärzte.

Der national-soziale Abgeordnete v. Gerlach wandte sich scharf gegen die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, die der Bestimmung, wonach den Hilflosen eine höhere Rente als die Vollrente gegeben werden soll, eine direkt mit dem Wortlaut des Gesetzes in Widerspruch stehende Auslegung gegeben hat. Nach dem Gesetz soll derjenige eine höhere Rente haben, der nicht ohne fremde Hilfe leben kann. Das Reichsversicherungsamt sagt, dieser Anspruch ist erst dann begründet, wenn die fremde Hilfe dauernd und zu jeder Zeit nötig ist. Diese Einschränkung hat kein Recht gepollt, sondern die Fassung ist dem Militärinvalidengesetz nachgebildet. Man wollte in den Fällen, wo dem Militärinvaliden die höhere Pension bewilligt wird, auch die höhere Rente bewilligen.

Mit den Bauberufsgenossenschaften befaßte sich Genosse Bömelburg, der Vorsitzende des Maurerverbandes. Er führte ungefähr folgendes aus:

In der Unfallstatistik ist eine übersichtlichere Gliederung erwünscht, damit die Zahlen für die einzelnen Berufe deutlicher hervortreten. Ich möchte den Staatssekretär fragen, wann die nächste umfangreiche Bearbeitung der Unfallstatistik vorgenommen werden soll. Die letzte ist vorgenommen auf Grund der Ergebnisse von 1897, und die nächste ist wahrscheinlich für 1907 geplant. Ich halte aber eine solche umfangreiche Bearbeitung schon in Zwischendäumen von fünf Jahren für nötig. Außerdem ist es dringend notwendig, daß das Reichsversicherungsamt in der Folgezeit der Bearbeitung der jährlichen Unfallstatistik größere Aufmerksamkeit widmet als bisher. Ich komme im allgemeinen auf die Frage der Unfallhäufigkeit und der Unfallverhütung, vornehmlich in den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Seit Jahren ist leider eine Vermehrung der Unfälle zu verzeichnen, auch in der Landwirtschaft. Allerdings, wenn man die Zahlen des Jahres 1889 mit denen des Jahres 1902 vergleicht, so muß man zu der Ansicht kommen, daß 1889 das Unfallversicherungsgesetz in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch wenig bekannt war, daß nicht alle Unfälle zur Anzeige gelangten. Aber auch etwa gegenüber dem Jahre 1897, in dem doch gewiß stabile Verhältnisse eingetreten waren, weist das Jahr 1902 eine wesentliche Steigerung der Unfälle auf. Die Abgeordneten Dr. Weder und Trimborn haben uns gesagt, wie viel im Jahre 1902 auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes an die Versicherten ausgezahlt worden ist. Diese Summen hören sich ja großartig an; die Herren haben aber vergessen, mitzuteilen, in welcher Höhe die Renten an die einzelnen bezahlt worden sind und welch ungeheure Opfer heute die Industrie von den Arbeitern erfordert. Seit Bestehen des Unfallversicherungsgesetzes sind über 5 Millionen Unfälle, also solcher, deren Folge eine Dauer von über 13 Wochen hatte, nicht weniger als 1151955. Davon hatten zur Folge 106534 den Tod, 33378 die dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit, 587051 eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit, 424892 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Im Jahre 1902 weist die Statistik 488707 angemeldete Unfälle auf, davon waren 121284, gleich 332 pro Tag, entschädigungspflichtig; den Tod hatten zur Folge 7975 = 22 pro Tag, eine dauernde und völlige Erwerbsunfähigkeit 1485 = 4 pro Tag, eine dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit 55924 = 153 pro Tag. Die Unfälle in gewerblichen Betrieben sind im letzten Rechnungsjahre um 3812 gestiegen. Pro Tausend berechnet, ist allerdings bei den Vollarbeitern ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, der eigentlich einem Stillstand gleichkommt. Aber an diesem Rückgang sind keineswegs alle Berufsgenossenschaften beteiligt. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften haben daran nur 10 teil, während 9 eine Steigerung aufweisen. Eine ganz erhebliche Steigerung findet sich im Baugewerbe, im Bergbau, in der Steinbruch- und Metallindustrie. In den letzten sechs Jahren, 1897—1902, betrug die Steigerung pro Tausend berechneten Unfallziffern in der Berufsgruppe „Papier und Buchdruckerei“ 0,21 Prozent, bei der Holzindustrie 5 Prozent, bei der Mülerei-, Brennerei- und Brauerei-Industrie 10 Prozent, im Baugewerbe 11,47 Prozent, beim Bergbau 11,91 Prozent, bei der Speditionslagererei und Fuhrwesen 12,87 Prozent, bei der Schifffahrt 14,27 Prozent, bei den Gas- und Wasserwerken 15,56 Prozent, bei der Eisen- und Stahlindustrie 17,38 Prozent, bei der Leder- und Bekleidungsindustrie 18,56 Prozent, bei der Steinbruchindustrie 20 Prozent, bei der Metall-, Feinmechanik- und Musikbranche 25,27 Prozent. Die höchsten Steigerungsziffern betragen 40 bis 49 Prozent. Das sind erschreckende

